





Schaftsordnung. Das erstere besitzen diese deutschen „Kleinbürger“ zweifellos schon seit langem. Jedoch erzieht man diese Volksschichten zu Klassenbewußtsein und überzeugten Kämpfern und revolutionären Sozialisten nur dann, wenn man sie innerhalb der Organisationen mit ihren Klassengenossen zusammenführt, sie dort schult, erzieht und von der Notwendigkeit des Kampfes für den Sozialismus überzeugt. Gerade dadurch beseitigen wir die Gefahren, die zweifellos eintreten, würden wir in Zukunft den Eintritt in unsere Partei abhängig machen davon, ob der Einzelne begehrt ein „Kleinbürger“ ist oder nicht. Außerhalb der Partei, losgelöst und abseitsstehend von der großen Massenbewegung, ohne Halt und innere Verbindung, bleiben diese Kreise ein willkürliches Werkzeug in den Händen unserer Klassenfeinde, der Bourgeoisie. Darum die Türen und Tore der Partei so weit geöffnet wie nur möglich, damit alle, die Mühseligen und Beladenen, leichter den Weg zu uns finden. Alle Arbeit, die wir in dieser Hinsicht tun, diese „Kleinbürger“ für unsere Ideen zu gewinnen, ist Arbeit für den Sozialismus und erleichtert uns den Kampf und die Diktatur. Eine Massenpartei ist keine Sekte, kann und darf sich nicht hermetisch abschließen von der Außenwelt, muß vor aller Öffentlichkeit tätig sein und immer darauf hinwirken, möglichst jeden Volksgenossen, jeden Proletarier zu einem bewußten, opferbringenden und mittragenden Glied zu machen. Die noch vorhandene Ideologie und Differenzierung der Auffassungen bestimmter proletarischer Schichten wird am ehesten beseitigt und von dem Gedanken des Klassenkampfes abgelöst, wenn diese innerhalb der Organisation stehen und beeinflusst werden von den Gedankengängen der mit ihnen organisatorisch Vereinigten. Das Fundament in einer Zeit der schärfsten und entscheidendsten Klassenkämpfe ist in Deutschland eine große, revolutionäre und zielstrebige Massenpartei, in der alle proletarischen Schichten Eingang finden, in der sie geschult und erzogen werden zur aktivsten Mitarbeit, Mitverantwortung und zum entscheidenden Einsatz. Das wollen wir, — weil wir es müssen. Nicht, wie in Rußland, wo die Träger der revolutionären Bewegung und der Aufrechterhaltung der politischen Macht die breiten Massen auf Grund ihrer mangelnden geistigen Schulung und Urteilsfähigkeit es nicht sein konnten, sondern nur wenige geistige Köpfe. Der deutsche Arbeiter unterwirft sich auf die Dauer einem solchen Regiment nicht, auch wenn er heute mit vollster Bewunderung und Anteilnahme nach Rußland blickt. Darum kann es für uns nur heißen, — nicht die Diktatur weniger Männer, nicht die Diktatur einer neuen Arbeiterbourgeoisie, sondern die Diktatur des Proletariats sei auch in Zukunft unser erstrebenswertestes Ziel.

## Die Folgen der Täuschung

Unter der Gottspiegelung falscher Tatsachen ist ein erheblicher Teil des deutschen Volkes gewonnen worden, in den Ruf auf Aufhebung der Zwangswirtschaft mit einzustimmen. Auch unser Ideal war die Zwangswirtschaft nie. Ihre Mängel kannten wir genau so gut, wie wir uns bewußt waren, daß sie mit sozialistischer Regelung der Produktion nichts zu tun hat. Aber da der Ruf nach der Beseitigung der Zwangswirtschaft zugleich verbunden war mit dem Bestreben nach völlig schrankenloser kapitalistischer Ausbeutung, und da dieselben Kräfte, die die Aufhebung der Zwangswirtschaft verlangten, jeder gemeinwirtschaftlichen Regelung der Produktion, jedem Mitbestimmungsrecht und jeder Betriebskontrolle der Arbeiterschaft sich widersetzen, so war die Absicht der Rufer nichts anderes, als die Wiederherstellung der alten Zustände, in denen die Masse der Bevölkerung der hemmungslosen Ausbeutung eines kleinen Teils der Besitzenden ausgeliefert war. Das aber mußte bei dem jetzt herrschenden Mißverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage zur schwersten Schädigung der Massen führen.

Bessere und billigere Versorgung wurde den Massen durch die Aufhebung der Zwangswirtschaft in Aussicht gestellt. Aber schon jetzt, noch bevor die Wirkungen der Beseitigung der zwangswirtschaftlichen Hemmungen sich voll äußern können, ist aus zahlreichen Einzelerscheinungen deutlich, daß der kommende Winter den Massen weder eine ausreichende Versorgung noch erträgliche Preise für die Lebensmittel bringen wird. Die Ermahnungen der landwirtschaftlichen Organisationen an die Landwirte, ihre Forderungen mäßig zu halten, um den Uebergang von der Zwangswirtschaft zu der freien kapitalistischen Wirtschaft erträglich zu machen, sind ungehört verhallt, und eine gewaltige Teuerungswelle rast wieder heran, die die Notlage weitaus der Schichten des deutschen Volkes zur Katastrophe treiben wird.

Am unerträglichsten und gefährlichsten ist gegenwärtig die gewaltige Steigerung der Preise für die Kartoffeln, für das Nahrungsmittel, das neben dem Brot die Grundlage der Ernährung der Bevölkerung überhaupt ist. Die Freigabe der Kartoffelwirtschaft, die durchaus nicht erzwungen war durch die Unmöglichkeit, die öffentliche Bewirtschaftung in diesem Jahre nicht mehr durchführen zu können — von allen Zweigen der öffentlichen Bewirtschaftung war die Bewirtschaftung der Kartoffeln die beste und die am leichtesten kontrollierbare — sondern durch den Wunsch der Landwirte, gerade diesen Hauptgegenstand ihrer Erzeugung unter die freie Preisbestimmung zu bekommen, hat eine gewaltige Steigerung der Preise nach sich gezogen. Sie ist gewaltig befördert worden durch die Politik des Ernährungsministeriums, das in den im März festgesetzten Mindestpreisen nach seinen eigenen Angaben einen „bewußt über die Produktionskosten hinausgehenden Preis“ festgesetzt hat. Dieser hohe Preis, der selbst nach kapitalistischen Grundregeln unangenehm ist, ist zur Grundlage gemacht worden für den Abschluß von Lieferungsverträgen zwischen den Gemeinden und den Landwirten. In ihnen ist aber auch die Bestimmung enthalten, daß zu dem Erzeugerpreis von 25 Mark bei Lieferungsverträgen noch eine Prämie von 5 Mark und eine Vermittlergebühr von 1,50 Mark hinzuzutreten hat.

Der durch diese Lieferungsverträge auf 31,50 Mark für den Zentner gewaltig heraufgeschraubte Preis ist nun der Anreiz zu weiteren Preissteigerungen für die Kartoffeln, die nun der Handel oder die Verbraucher sich zu beschaffen suchen. Zwar sind in einigen wenigen, hauptsächlich kleindauerlichen Bezirken, die Landwirte bereit gewesen, Kartoffeln für 15 bis 20 Mark pro Zentner an die Verbraucher abzugeben, aber zu nennenswerten Lieferungen wird es kaum kommen, da diese Gebiete für die Versorgung der großen Bedarfsbezirke von untergeordneter Bedeutung sind.

Die Gefahr der gewaltigen Steigerung der Preise für Kartoffeln nach Abschluß der Ernte für Herbstkartoffeln hat nun bereits in einigen Gegenden berechtigte große Erregung unter der Arbeiterschaft hervorgerufen. In einigen Gegenden weigern sich die Eisenbahner, die Kartoffeln aus den Versorgungsgebieten abzutransportieren, sofern der Preis nicht auf 20 Mark herabgesetzt und die Versorgung des eigenen Bezirks sichergestellt ist. Eine in den letzten

Tagen in Berlin weilende Delegation der Großbetriebe und der Konsumgenossenschaften von Hannover hat bei der Regierung darauf aufmerksam gemacht, daß die Arbeiterschaft nicht mehr in der Lage ist, ihren Kartoffelbedarf zu erschwinglichen Preisen einzudecken, da von den freien Aufkäufen auf dem Lande bereits jetzt 40 bis 60 Mark für den Zentner geboten und bezahlt werden. In dieser verzweifeltsten Situation werde deshalb in den Betrieben der Plan propagiert, die Arbeiter sollten zur Selbsthilfe greifen und Requisitionszüge auf das Land organisieren, und den Zentner Kartoffeln mit 15 Mark bezahlen. Obwohl die Arbeiter wissen, daß diese Maßnahmen zu schweren Zusammenstößen führen könnten, bei denen die bewaffnete Landbevölkerung gegenüber den unbewaffneten Arbeitern in großem Vorteil wäre, findet dieser Plan in manchen Köpfen Anklang, und die Gefahr wächst, daß verzweifelte Arbeiter ihn auszuführen suchen. Ein warnendes Zeichen für die herrschenden Gewalten, wohin die unablässigen Preissteigerungen zu führen drohen.

Die Schuld für diese Zustände trifft die Regierung, ebenso aber auch die Verantwortung für die Dinge, die aus ihrer Politik noch entstehen. Es ist unmöglich, daß die Arbeiterschaft diese unablässigen Steigerungen ertragen kann, in einer Zeit, in der sinkende Beschäftigungsmöglichkeit das auf ihnen lastende Elend ohnedies vergrößert. Es muß deshalb unverzüglich eine Festsetzung des Kartoffelpreises in Höhe der tatsächlichen Produktionskosten, also mit 15 Mark, erfolgen und die Verpflichtung der Landwirte, zu diesen Preisen abzuliefern.

## Vornehme Kampfweise

Das „Berliner Tageblatt“, das durch die Kandidatur unseres Genossen Edwens zum Oberschulrat aus dem Häuschen geraten ist und täglich entzweitete Angriffe gegen die Person Edwens richtet, veröffentlichte am Dienstag eine Notiz zu der gleichen Angelegenheit, die ihr aus Lehrerkreisen geschrieben wurde. Darin wird behauptet, Genosse Dr. Edwens sei von einer Abordnung der Berliner Lehrerschaft gebeten worden, freiwillig auf seine Kandidatur zu verzichten. Edwens habe es vorgezogen, heißt es weiter in der Notiz, dieser Aufforderung zu ignorieren, und damit habe er „politische und persönliche Interessen höher gestellt als die der Schule“.

Dieser niederträchtige Angriff, der ungefähr das Niveau kennzeichnet, auf dem sich der ganze Kampf des „Tageblattes“ gegen Edwens bewegt, drängt, wie wir jetzt erfahren, einfach auf einer Unwahrheit. Es war niemals eine Abordnung der Berliner Lehrerschaft, die dem Genossen Edwens, sobald es ihm allerdings leicht möglich war, die Aufforderung dieser gegenständlichen Abordnung zu ignorieren.

Das wird uns bestätigt durch eine uns eingehende Erklärung des Geschäftsführers des Groß-Berliner Lehrer-Ausschusses, die wie folgt lautet:

Das Berliner Tageblatt hat in seiner Nummer vom 14. d. Mtz. in einem Artikel „Aus Lehrerkreisen“ erklärt, daß die Berliner Lehrerschaft durch eine Abordnung Herrn Dr. Edwens zum Oberschulrat habe, freiwillig auf die Wahl zum Oberschulrat zu verzichten. Der Unterzeichnete, der mit Herrn Dr. Edwens eine Besprechung gehabt hat, erklärt, daß eine Abordnung der organisierten Lehrerschaft nicht bei Herrn Dr. Edwens einwar, eine solche Aufforderung daher an ihn auch nicht gerichtet werden konnte. Vielmehr hat Herr Dr. Edwens in der Besprechung mit dem Unterzeichneten sich bereit erklärt, falls die Lehrerschaft es wünsche, vor derselben seine Grundsätze darzulegen. Der Lehrerverband Berlin hat dieser Anregung zugestimmt. Der Vortrag findet am Donnerstag, abends 7 1/2 Uhr, im Lehrerverbandssaal vor der Berliner organisierten Lehrerschaft statt. Dem Unterzeichneten ist bekannt, daß Herr Lehrer Lichtenhager, der zweite Vorsitzende des Groß-Berliner Lehrerausschusses ist, auch eine Besprechung mit Herrn Dr. Edwens gehabt hat, in der ebenfalls nur die Grundlagen für einen Vortrag besprochen wurden.

## Der Mieterschutz bedroht

Vom 23. wurde vor wenigen Tagen gemeldet, daß die Verordnungen, die Mieterschutzgesetzgebung solle abgedaut und eine unbeschränkte Steigerung der Mieten zugelassen werden, ungedruckt sei. Das Reichsarbeitsministerium bereits einen Gesetzentwurf vor, welcher die Bemessung der Mieten regelt und eine unbeschränkte Steigerung der Mieten für die Zukunft verhindert solle. Diese wahrscheinlich von dem Referenten des Arbeitsministeriums veranlaßte Notiz ist wieder einer jener Versuche, ein in Vorbereitung befindliches, mieterschutzliches Gesetz dem Volke und seinen Gesetzgebern schmählicher zu machen. In diesem Gesetzentwurf sollen nämlich die erhöhten Anforderungen des Hausbesitzes für Untertaken, Gebühren und Reparaturen (1) den Mietern reiflos aufgebürdet werden. Der Grundgedanke des Gesetzentwurfes ist unbedingt sichere und hohe Verzinsung des im Hausbesitz liegenden Kapitals und volle Abwälzung aller Kosten, auch der großen Reparaturen, auf die Mieter. — In Wahrheit liegen die Dinge so: Das Mieterschutzgesetz vom Mai 1920 läuft am 30. September 1921 ab. Als Ersatz soll das in Vorbereitung befindliche oben erwähnte Reichs-Höchstmietengesetz dienen. Kommt dieses Gesetz nicht bis zu obigem Termin zustande, so tritt in der Tat ab 1. Oktober 1921 eine Art Vakuum ein. Das mieterschutzliche Gesetz aber darf nicht zustande kommen, und ein mieterschutzliches Gesetz widerstrebt ausnehmend dem in Betracht kommenden Referenten. Es ist daher dringend erforderlich, daß zunächst das Mieterschutzgesetz vom Mai 1920 schneidest, möglichst lange über den 30. September 1921 hinaus verlängert wird. Die Parteien, vor allem die sozialdemokratischen, sollten sofort einen entsprechenden Antrag stellen.

Für ein Reichsmietengesetz aber muß das Preussische Höchstmietengesetz des Ministers Stegerwald die Grundlage bilden, und zwar muß dieses Gesetz noch in einigen wichtigen Punkten zugunsten der Mieter abgeändert werden.

Nützlich ist eine sofortige Verlängerung des Mieterschutzgesetzes vom Mai 1920. Erwünscht ist erst ein mieterschutzliches, mindestens auf dem Boden des Preussischen Höchstmietengesetzes stehendes Reichsgesetz. Man sollte aber das ganze Wohnungswesen nicht länger mit kleinen Palliativmitteln zu bekämpfen suchen, sondern jetzt muß unbedingt die Gelegenheit benützt werden, um die Sozialisierung des gesamten städtischen Grundbesitzes entschlossen in Angriff zu nehmen.

## Die Neuordnung des Polizeiwesens

W. I. B. meldet: Die über die Neuordnung des Polizeiwesens in Preußen unter dem Vorsitz des Ministers des Innern S e e r i n g abgehaltene Sitzung, zu der sämtliche Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten, Polizeipräsidenten und außerdem auch Vertreter der anderen preussischen und Reichsministerien geladen waren, hat — wie wir hören — zu einer Uebereinstimmung geführt. Wenn auch die Regierungspräsidenten gegen die Uebertragung eines wesentlichen Teiles ihrer bisherigen Befugnisse auf die Oberpräsidenten Bedenken geltend machten, so trat doch überall das Bestreben hervor, der unabwendbaren Notwendigkeit Rechnung zu tragen. In diesem Sinne hat die Aussprache das Ergebnis gezeitigt, daß in Anbetracht der von der Entente erhobenen Forderungen die Polizei nach den Richtlinien des im Ministerium des Innern ausgearbeiteten Planes umzugestaltet ist.

Heute Donnerstag, abend wird dieselbe Angelegenheit im Hauptausschuß der Landesversammlung und unmittelbar darauf im Staatsministerium erörtert werden. Sobald das geschehen ist, werden die Organisationsänderungen veröffentlicht werden. Den gemäß den Ententeforderungen bis zum

22. September durchzuführenden Maßnahmen wird in Kürze die Vorlage eines neuen Polizeigesetzes folgen, dessen Gestaltung zu vor in größerem Kreise unter Hinzuziehung von sachverständigen Beamten und den Vertretern der beteiligten Beamtenorganisationen beraten werden soll.

## Preussische Landesversammlung

Die preussische Landesversammlung nahm ihre Arbeiten gestern nachmittags 3 1/2 Uhr auf, nachdem sie sich am 8. Juli vertagt hatte. Die Sitzung war die 157. der verfassunggebenden Landesversammlung. Auf ihrer Tagesordnung standen nur kleine Vorlagen und Pilschrisiten. Der Vizepräsident wird morgen sich über die nächsten Aufgaben schlüssig machen. Erwartet wird das Landtagswahlgesetz und die Entwürfe über Volksbegehren und Volksentscheid sowie die Denkschriften über Polizeireform und preussische Steuerpolitik.

## Konferenz des Beamtenbeirats der U. S. P.

Die Zentralkommission der U. S. P. hatte am 14. September Vertreter städtischer und staatlicher Beamten aus allen Bezirken Deutschlands zu einer Konferenz eingeladen. Erschienen waren 22 Delegierte, darunter Vertreter der Eisenbahn- und Postbeamten, der Kommunalbeamten sowie der Lehrerschaft.

Die Konferenz beschäftigte sich sehr eingehend mit der neuen Besoldungsreform und verlangte einmütig den Fortfall der in diesem Gesetz vorgesehenen drei ersten Klassen, da deren Einkommen nicht einmal dem Existenzminimum entsprechen. Die Forderung der U. S. P. solle einen entsprechenden Antrag beim Reichstag einbringen. Die mögliche Klassifizierung wurde allgemein als zu umständlich beurteilt und fünf Klassen für ausreichend gehalten.

Ferner wurden noch organisatorische und agitatorische Fragen besprochen. Die Konferenz brachte jedenfalls viele wertvolle Anregungen, welche sich unsere Faktion, besonders aber unsere Vertreter im Unterausschuß für die Besoldungsfragen der Beamten gerne zunutze machen werden.

## Der Hamburger Hafenstreik

Hamburg, 15. September.

In der gestrigen vom Transportarbeiterverband einberufenen Versammlung, die äußerst stürmisch verlief und bis nach Mitternacht dauerte und an der 6000 Hafenarbeiter teilnahmen, wurde der Antrag, in den Streik einzutreten, mit 2017 gegen 2318 Stimmen abgelehnt. Nach dem Verbandsstatut sind 1/2 Mehrheit für einen Streikbeschluss erforderlich.

Den von dem Schlichtungsausschuß abgegebenen neuen Schiedsspruch, der den Arbeitern eine Lohnzulage von 8 Mark pro Tag zuspricht, lehnten die Hafenarbeiter ab. Die Mehrheit der Hafenarbeiter hält an der alten Forderung von 12 Mark pro Tag fest.

## Zur Brüsseler Finanzkonferenz

London, 15. September.

Auf der Finanzkonferenz des Völkerbundes, die am 24. September zusammentritt, werden alle Staaten durch drei Delegierte vertreten sein, auch die Vereinigten Staaten, Deutschland, Oesterreich und Bulgarien sind eingeladen. Sie werden aber nur in der Eigenschaft als Berater an der Konferenz teilnehmen. Kanada und Indien entsenden ebenfalls Vertreter.

Dazu meldet W. I. B.: Nach der amtlichen Einladung des Völkerbundsrats zu der Finanzkonferenz in Brüssel ist eine Beschränkung der Rechte der Delegierten von Deutschland, Oesterreich und Bulgarien gegenüber den Delegierten der anderen Länder in keiner Weise erwähnt. Es ist notwendig, dies festzustellen, da Javos eine Meldung verbreitet, nach der die von Deutschland, Oesterreich und Bulgarien zur Finanzkonferenz in Brüssel zu entsendenden Delegierten auf der Konferenz nur beratende Stimme haben sollen.

## Russisches Geldangebot an den „Daily Herald“

Die „Humanität“ vom Sonnabend bringt einige bemerkenswerte Mitteilungen über ein russisches Geldangebot, das dem „Daily Herald“, der englischen sozialistischen Tageszeitung, gemacht worden ist. Nach der „Humanität“ hat der „Daily Herald“ folgende Mitteilungen gemacht:

„Wir müssen einige Tausenden der öffentlichen, damit nicht die Auffassung entsteht, wir hätten bolschewistisches Geld erhalten.“

Francis Regnell, einer der Direktoren, hat ein Geldangebot für seine Zeitung erhalten, das jedoch noch nicht angenommen ist. Es ist eine Sonderprägung der Geldgeber des „Daily Herald“ einkaufend worden, um zu entscheiden, ob diese Gabe angenommen werden soll oder nicht.

Im September oder Oktober vorigen Jahres, als sich Francis Regnell in Litauen, Finnland und Skandinavien befand und bevor die Gewerkschaften begonnen hatten, dem „Daily Herald“ Gelder zuzuführen, hatte er mit Mitgliedern der dritten Internationale über die finanzielle Lage des „Daily Herald“ gesprochen. Gleich zu Beginn der Verhandlungen hatte Regnell offen erklärt:

1. daß er nur in seinem Namen spreche;
2. daß, bevor die Zeitung Gelder aus sozialistischer oder ausländischer Quelle annehmen würde, sie der Öffentlichkeit davon Mitteilung machen würde;
3. daß im Falle der Annahme offen erklärt werden müßte, daß das Geld eine freie Gabe sei und daß es in keiner Art Einfluß auf die Politik der Zeitung ausüben könnte;
4. daß Regnell sofort von dem Posten als Direktor zurücktreten würde.

Die Mitglieder der dritten Internationale nahmen die von Regnell gestellten Bedingungen an und dieser empfing die angebotene Summe, die 75 000 Pfund Sterling in Gold betrug. Das Geld ist noch heute in Regnells Händen.

Wir fragen also unsere Leser, ob sie glauben, daß wir dieses Geld annehmen können.

Der „Daily Herald“ ist kein kommunistisches Organ — sein Chefredakteur und die Mehrzahl seiner Mitarbeiter sind nicht Mitglieder der kommunistischen Partei, doch ist das Angebot an keine Bedingung geknüpft.“

Amsterdam, 13. September.

Laus „Telegraaf“ hat die Diktation des „Daily Herald“ beschlossen, die von der russischen Regierung angebotene Unterstützung von 75 000 Pfund Sterling nicht anzunehmen, und den Redakteur Regnell, der das Geld angenommen hat, zu entlassen.

## Die Solidarität der kanadischen Bergarbeiter

Calgary (Kanada), 15. September. (Davas)

Die Delegierten der kanadischen Bergarbeiter haben am 11. telegraphisch mitgeteilt, daß sie geschlossen für die Forderungen der englischen Grubenarbeiter eintraten.



# Die deutschen Gewerkschaften für die Einreise der russischen Delegation

Die Regierung hat, wie schon berichtet wurde, einem Teil der russischen Gewerkschaftsdelegationen die Einreiseerlaubnis bisher verweigert, und zwar handelt es sich um die russischen Gewerkschaftsvertreter der Textilarbeiter, Metallarbeiter, Bergarbeiter und der Holzarbeiter. Um für diese Delegationen die sofortige Einreise zu erwirken, ist gestern eine Deputation, bestehend aus den beteiligten Arbeitergewerkschaften und eines Abgeordneten beim Reichsminister Simons vorstellig geworden. Es wurde in einer eingehenden Aussprache nachdrücklich darauf verwiesen, daß die russische Delegation, die sich aus den wichtigsten Berufsgruppen zusammensetzt, nur vollständig ihre Aufgabe eines Meinungsaustausches über die großen wirtschaftlichen Fragen erfüllen kann. Der Minister hat eine beschleunigte Entscheidung in Aussicht gestellt.

## Zur Erwiderung

Von Paul Schwenk

Genosse Prager glaubt mit seinem „Die erfreuliche Spaltung“ gegen die Befürworter des Anschlusses an die 3. Internationale einen glänzenden Trumpf auszuspielen und erhofft augenscheinlich davon Wunder was für eine Wendung zugunsten der Anschließgegner. So sehr ich jedem sein Vergnügen gönne, diese Hoffnung muß ich ihm zunächst nehmen, denn erstens ist es gar kein Trumpf und zweitens hängt zum Glück der Gang der Entwicklung nicht von Prager'schen Feherkunststücken ab.

Das urteilsfähige Proletariat erblickt hinter dem krampfhaften Bemühen der Anschließgegner, einen schwarzen Mann nach dem andern an die Wand zu malen, nur zu deutlich den Mangel an ehrlichen Argumenten.

Erst wurde es mit dem Volkswissenschaftler versucht. Keine Zeile war schwarz genug, um die Folgen der Volkswissenschaftlerschaft so abschreckend wie möglich zu schildern. Vergebens, die Mehrheit der Parteigenossen empfing daraus nur einen umso größeren Impuls für den Anschluß.

Dann wurde der Verlust der Parteiautonomie von den Klageweibern mit und ohne Kopf auf das schmerzlichste beweiht. Auch das zog nicht. Die Parteigenossen schätzten den Gedanken der internationalen Solidarität höher ein als Kleinlichkeiten, nationalitätlichen Kantönlichkeit und erklärten sich in immer größerer Zahl für den Anschluß.

Wenn alle Stränge reihen, so kassulierten unsere Antipoden, dann wird der „Wappan der Spaltung“ ganz sicher eine Wirkung tun. Sie übersetzen nur, daß dieses Mittel höchstens in einer politischen Kleinminderbewahrensaktion Erfolg verspricht. Es wird im vorliegenden Falle umso weniger folgen, als ich in der Lage bin, nachzuweisen, daß der vorliegende Sachverhalt durch die eigenartige geistige Einstellung der „freiwilligen“ Betrachter eine allerdings niemanden überraschende große Verzerrung erfährt.

Es ist richtig, eine Anzahl Parteigenossen findet sich regelmäßig zusammen, um über politische Tagesfragen, insbesondere über die Frage des Anschlusses, sowie über die damit zusammenhängenden Probleme zu diskutieren. Aber die einseitig, oft direkt irreführende Art kennt, wie Anschließgegner „arbeiten“, der wird das dringende Verlangen vieler Parteigenossen nach zutreffender Information begreifen. Ein Beispiel nur.

In Nr. 375 berichtet die „Freiheit“ unter der Überschrift „Die Bedingungen für die französische Partei“ referierend über den Inhalt eines Schreibens, den das Präsidium des Moskauer Kongresses den französischen Genossen Cahin und Troillard bei ihrer Abreise am 11. Juli (man beachte das Datum) mitgab. Die von der „Freiheit“ wörtlich wiedergegebenen 10 Punkte sind darin enthalten. Sie stellen sich aber lediglich als eine Stützerung der wichtigsten Voraussetzungen für den Anschluß der Franzosen dar, denn die Beschlüsse des Kongresses über die endgültigen Aufnahmebedingungen, die für die Parteien aller Länder ohne Ausnahme gelten, sind erst am 6. August statt. (Vergleiche die Daten.) Dieser Sachverhalt ist der „Freiheit“-Redaktion genau bekannt, weil er auf der Reichskonferenz so dargestellt wurde.

Rechnliche hahnehühene Verdrehungen und Entstellungen werden von den Anschließgegnern noch eine große Menge in Umlauf gesetzt und es wird mit Argumenten operiert, die sich um Siriusweiten von der Wahrheit entfernen. Den wahren Sachverhalt kennen zu lernen, das ist ein Beweggrund, der die Genossen im Diskutierabend zusammensührte.

Welch liebliche Giftblüten die gekennzeichneten Kampfmethoden der Anschließgegner zettigen, dafür liefert der Prager'sche Artikel an mehr als einer Stelle Belege. So z. B. wenn es heißt:

„Es haben sich schon besondere Organisationen (?) innerhalb der U. S. P. D. gebildet, die die Spaltung der Partei mit allem Eifer betreiben.“

Genosse Prager erspart sich jeden Beweis dafür, daß die Spaltung von uns betrieben wird. Er kann auch gar keine beibringen, weil keine vorhanden sind. Wir denken gar nicht daran, die Partei spalten zu wollen.

Dem wahren Zweck unserer Tätigkeit kommt Genosse Prager aus purem Versehen sehr nahe, indem er, in der Absicht, mein Verbrechen als ganz ungeheuerlich erscheinen zu lassen, schreibt:

„In Berlin wurde der Diskutierklub Adler aufgemacht, der unter dem Vorsitz des Genossen Paul Schwenk steht und regelmäßig Versammlungen abhält zu dem Zweck, die Massen der Parteigenossen durch Hintertreppennagelation (das Wort ist echt Prager'sches Gewächs) für die Annahme der Moskauer Bedingungen zu gewinnen und die Spaltung der Partei vorzubereiten.“

Die im Druck hervorgehobenen Worte: . . . die Massen der Parteigenossen für die Annahme der Moskauer Bedingungen zu gewinnen . . . kennzeichnen, von den „freiwilligen“ Unterstellungen, für die mich kein urteilsfähiger Genosse verantwortlich machen wird, entkeidet, allerdings ganz zutreffend unser Streben. Die Mehrheit wollen wir gewinnen. Ja, unser Wohl. Und da wir nicht in der günstigen Lage sind, wie die „freiwilligen“-Redakteure und die Parteibureauftraten, täglich und ständig an einer Arbeitsstelle vereint zu sein, müssen wir uns eben zu unseren Besprechungen anderorts treffen.

Was das Referentmaterial anbelangt, bekenne ich, nur ein stümperhafter Nachahmer „größerer“ Vorbilder der Gegenseite zu sein. Daß in diesem Material irgend etwas enthalten ist, was ich nicht jederzeit auch öffentlich vertreten könnte, wird selbst Genosse Prager nicht behaupten wollen. Wer da weiß, wie unzureichend und falsch die Parteigenossen durch die Presse informiert werden, wer da weiß, wie wenig insbesondere die „Freiheit“ die Bannerträgerin der Groß-Berliner Arbeiterschaft ist, wer den Parteiparat der Prager, der gegen den Anschluß mit Hochdruck arbeitet, und wer

da weiß, in welchem Umfange von der Gegenseite mit denselben Mitteln gearbeitet wird, die uns als Verbrechen angerechnet werden sollen, der wird den Prager'schen Artikel voll zu würdigen wissen.

Im übrigen wüßte ich, daß solche Angriffe und Unterstellungen kommen würden. Es werden auch nicht die letzten sein. Ich habe aber das Vertrauen zu der großen Mehrheit der Parteigenossen, daß sie sich durch derartige Kampfmethoden nicht werden abbringen lassen von dem großen Ziel der Stunde, dem festen internationalen Zusammenschluß der revolutionären Parteien aller Länder.

## Zum Parteitag

Von Konrad Ludwig (Dagen i. B.)

Der nächste Parteitag ist festgesetzt. Selten hat eine Tagung die Aufmerksamkeit aller übrigen Parteien so erregt, wie es der Parteitag der U.S.P.D. in Halle diesmal zweifelhaft tun wird. Es ist die erste Tagung der Partei, wo alle Instanzen ausgeschaltet sein werden, denn Beschlußrecht haben nur die gewählten Delegierten. Der Beschluß des Leipziger Parteitages lautet:

Der Parteitag setzt sich aus Delegierten der Organisationen zusammen. Der nächste Parteitag darf nicht mehr als 400 Delegierte umfassen. Die Zahl der auf den einzelnen Bezirk entfallenden Delegierten wird im Verhältnis der Gesamtzahl der Mitglieder des Bezirks von der Zentralsektion nach den am letzten Vierteljahresbericht vorhandenen Mitgliedern, für die Beiträge entrichtet worden sind, festgesetzt. Entfällt auf einen Bezirk nicht die Zahl der Mitglieder für einen Delegierten, so steht ihm dennoch die Wahl eines Delegierten zu. In den Bezirken sind die weiblichen Mitglieder im Verhältnis ihrer Zahl bei der Wahl der Delegierten zu berücksichtigen. Beschlußrecht haben nur die Delegierten.

Durch diesen Beschluß wird eine wirklich gerechte Vertretung zustande kommen. Die Bezirke, die im letzten Jahre gegenüber der Gesamtpartei die notwendigen Verpflichtungen nicht erfüllt haben, nicht einmal berichtet oder eine laufende Abrechnung eingereicht haben, sind nur in der Lage, einen Delegierten zu entsenden. Für die Berechnung der Zahl der Delegierten ist das Quartal April-Mai-Juni zugrunde zu legen. Unfähig gelten als Maßstab die anteilig abgeführten Beiträge. Die finanzschwachen Bezirke, die gar nicht abgeführt haben, können immerhin einen Delegierten entsenden. Daß durch den Beschluß von Leipzig und den Beschlußsmotiv endlich einmal die lauen Bezirke geächtet werden, ist eigene Schuld. Seit Monaten ist auf die Lobbisterei einzelner Bezirke verwiesen worden.

Vor mir liegt der Bericht der Zentrale April-Juni. Von 82 Delegierten haben nur 17 im letzten Quartal Beiträge abgeführt, zusammen rund 100 000 Mk. 12 Bezirke, die nicht abgeführt haben, erhalten nach dem Beschluß von Leipzig trotzdem je 1 Delegierten, so daß auf die Bezirke, die ihren Verpflichtungen nachgekommen sind, 388 Delegierte entfallen.

Die 12 Bezirke, die nicht an die Zentrale abgeführt haben, sind Baden, Bayern, Coblenz, Frankfurt a. M., Hessen-Waldeck, Württemberg, Mittelrhein, Oberschlesien, Schloffen, Ost. Westfalen Altland und Mecklenburg. Sie zählten am 1. April zusammen 18 027 Mitglieder. Im Falle die Genossen etwa glauben, daß diese Bezirke nur im letzten Quartal die Verpflichtungen gegenüber der Gesamtpartei nicht erfüllt haben, sei mitgeteilt, daß in dem vorliegenden ganzen Geschäftsjahre die genannten Bezirke 17 699 000 Mk. Beiträge abgeführt haben. In derselben Zeit haben die anderen 17 Bezirke 484 000 Mk. abgeführt. Wenn also jetzt jene 12 Bezirke nur 12 Delegierte erhalten, geschieht ihnen Unrecht, sie wollten es so, sie haben es so beschlossen.

In welcher Weise die Zentrale die Verteilung auf die 17 restlichen Bezirke vornehmen wird und mit wem sie durch den Leipziger Beschluß geregelt. Den weiblichen Mitgliedern ist jetzt die verhältnismäßige Vertretung gesichert. Geht es doch ausdrücklich in dem Beschluß: Die weiblichen Mitglieder sind zu berücksichtigen.

Für 636 986 Mitglieder sind im letzten Quartal 190 708 Mark Beiträge abgeführt worden. Die Verteilung würde auf die 17 Bezirke folgendes Bild ergeben, d. h. bei 400 Delegierten: Braunschweig 10, Bremen 5, Brandenburg 80, Dresden 16, Danzig 11, Halle 32, Hannover 5, Leipzig 20, Niederrhein 27, Ostpreußen 24, Westpreußen 1, Oldenburg 3, Pommern 11, Schleswig-Holstein 11, Westf. Westfalen 24, Thüringen 28 und Pommern 10. Ich würde diese Teilnehmerzahl für zu hoch halten. Die Bezirke sind nicht in der Lage, die Kosten dafür aufzubringen. Bei 300 Delegierten verringert sich die anteilige Zahl entsprechend; das Spiegelbild von der Ansicht der Mitglieder bleibt dasselbe. Wenn einzelne Bezirke eine geringe Vertretung erhalten, sind sie selbst daran schuld.

## Aus den Berliner Parteioorganisationen

### 11. Distrikt

Die Mitglieder vom 11. Distrikt nahmen in zwei gut besuchten Versammlungen zu den Moskauer Bedingungen Stellung. In der ersten referierte Gen. Crispian und Gen. Stöcker; die zweite nahm nach einem Referat des Gen. Professor Ballod über die wirtschaftliche Lage in Russland und sibirischer Distrikte folgende Resolution des Gen. Rosenberg mit 215 gegen 82 Stimmen an:

Von der Ueberzeugung erfüllt, daß der Sieg der Weltrevolution nur nach den Grundsätzen der 3. Internationale zu erringen ist, billigt die Mitgliederversammlung des 11. Distrikts die Beschlüsse des 2. Kongresses der 3. Internationale; sie fordert die Durchführung der 21 Bedingungen und den Beitritt der U.S.P. zur kommunistischen Internationale.

## Die Stellung der Organisationen

### Parteiversammlung in Cottbus

In einer gutbesuchten Versammlung der Ortsgruppe Cottbus, in dem sich fast alle Redner gegen die Bedingungen wandten, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die Ortsgruppe der U.S.P. spricht dem russischen Volk für seine heldenmütige Haltung ihre volle Sympathie aus, lehnt aber den Anschluß an Moskau unter den vorliegenden Bedingungen ab. Wir wünschen den Anschließ unter Bedingungen, die die Gewähr bieten, daß die Internationale eine wirklich aktionsfähige wird.“

### Lennepe-Remscheid-Mettmann

Am Sonntag tagte im Volkshaus in Remscheid eine aus allen Orten des Kreises Lennepe-Remscheid-Mettmann besuchte Sitzung der Partei-Kreisfunktionäre. Nach einem Vortrag des Genossen Schilder und nach einer sachlichen Debatte wurde die nachstehende Resolution einstimmig angenommen:

„Die Sitzung der Vertrauensleute des Kreises erklärt, daß dem Anschluß an die 3. Internationale grundsätzlich nichts mehr im Wege steht. Sie erachtet den Anschluß im Interesse der Vereinheitlichung des revolutionären Kampfes des Weltproletariats als dringende Notwendigkeit und erwartet, daß der kommende Parteitag grundsätzlich den Anschluß beschließt.“

Die vorliegenden Aufnahmebedingungen des 2. Kongresses der 3. Internationale betrachtet die Versammlung nicht als entscheidendes Hindernis für den Anschluß, da es zum weitläufigsten Teile Bestimmungen sind, welche von der U. S. P.

zur Regelmäßigen Durchführung der Revolution selbst mit allem Nachdruck zu befolgen sind.

Es ist vom Parteitag zu prüfen, inwieweit Einzelheiten der Bedingungen die besonderen Verhältnisse in Deutschland unberücksichtigt lassen und die Autonomie der Partei nicht genügend wahren. Wesentlich solcher Bestimmungen sind sofort erneute Verhandlungen mit dem Exekutivkomitee der 3. Internationale anzuknüpfen.

Die Konferenz verurteilt mit aller Entschiedenheit das Auftreten führender Genossen gegen Sowjetrußland, indem sie in der Presse und unter dem Mantel der Wissenschaft durchaus einseitig gefärbte Berichte über die wirtschaftliche Lage in Russland geben, welche im gegenwärtigen Stadium des revolutionären Kampfes in Russland einem Dolchstoß in den Rücken unserer kämpfenden Brüder gleichkommen.“

## Für die dritte Internationale

Paris, 15. September.

Nach einer Savasmedlung aus Limoges hat der Kongress der Syndikalistischen der Arbeiterbewegung Mittelfrankreich sich für den Anschluß an die dritte Internationale ausgesprochen.

## Die Verhandlungen in Riga

Polnischer Vorschlag für die Waffenstillstandslinie  
TU. Warschau, 15. September.

Der nationale Verteidigungsrat hat den Delegierten in Riga jene Linie als Waffenstillstandslinie bezeichnet, welche sich am Tage des Abschlusses des Waffenstillstandes die beiderseitigen Truppen befinden werden. Sollte man in Riga über den definitiven Frieden verhandeln, so ist als polnische Grenzlinie im Norden die sogenannte Deutsche Linie gelten, im Süden die Zbrucz-Linie. Zwischen haben Truppen der polnischen 3. Armee Wladimir Wolynsk erobert und viele Beute und Gefangene gemacht.

## Russische Zweifel an Friedenswillen Polens

OG. Delsingfors, 15. September.

Der Chefredakteur der Moskauer „Iswestija“, Stolkow, erklärt in einem Leitartikel, er glaube nicht, daß die Polen ernstlich gewillt seien, Frieden zu schließen. Die Polen streben in Wirklichkeit danach, ihren Vormarsch fortzusetzen. Es existiere eine heimliche Verständigung Millerands mit der polnischen Regierung, in welcher Millerand sich verpflichtet habe, die Forderungen Polens gegenüber zu unterstützen.

Die „Dokawa Pramba“, die Zeitung der Roten Armee, erklärt, es werde in kurzer Zeit gelingen, die Polen zum Rückzug zu zwingen. Das allein werde die Stellung der Polen zu den Friedensverhandlungen ändern können. Nur die Rote Armee könne dazu helfen, einen Erfolg der Friedensverhandlungen zu erwirken.

## Rußland und Japan

TU. Moskau, 15. September.

Der Vertreter, den die Sowjetregierung nach Ostasien entsandte, ist zurückgekehrt und hat über die Verhältnisse im fernem Osten berichtet. Die Sowjetregierung beginnt einen scharfen Propagandaaufsatz gegen den Imperialismus Japans und sucht nach Möglichkeiten die Zustände in Korea und die starke japanische Stimmung in China zu unterstützen. Ansehend hat sich in Moskau die Getrennisbahn gedreht, in Japan einen gefährlichen Gegner zu sehen.

Im Gegensatz hierzu veröffentlicht die „Iswestija“ einen halbhoffigen Artikel, in dem sie darauf hinweist, daß Japan trotz des Angriffswillens der Militärpartei wegen seiner inneren Verhältnisse niemals etwas gegen Sowjetrußland werde unternehmen können.

## Der Gewerkschaftskampf in Italien

Mailand, 15. September.

Der Generalkonvent des Verbandes der Industriellen trat gestern zusammen, um die Vorschläge des allgemeinen Arbeiterrates zur Lösung der Metallarbeiterfrage zu prüfen. Da sich in der Versammlung mehrere Strömungen geltend machten, wird eine neue Zusammenkunft am Donnerstag stattfinden, um den Vertrauensmännern der Arbeitgeber Gelegenheit zu geben, die Meinung ihrer Auftraggeber zu hören.

Die Leitung der in Rom zusammengetretenen Populärpartei befaßte sich ebenfalls mit der Metallarbeiterfrage und nahm eine Entschließung an, in der die Regierung aufgefordert wird, einen aus Arbeitgebern und Arbeitsschmern gebildeten Ausschuss zu ernennen, der die wirkliche Lage der italienischen Industrie prüfen soll.

## Erwerbungen von Fabrikbetrieben durch die Arbeiterverbände

Rom, 15. September. (Stefani.)

Der Nationalverband der Gewerkschaften leitete keine Verhandlungen mit den Ministern für Essentielle Arbeiten und für Inneres, sowie mit mehreren Banken zum Zweck der Erwerbung einiger großer Betriebe durch ein nationales Konsortium der metallurgischen Gewerkschaft fort. Die Erwerbung der Werken von Castellamare, die 2000 Arbeiter beschäftigen, scheint nahe bevorzustehen.

## Das Urteil im Tisza-Prozess

Budapest, 15. September.

Das Kriegogericht verurteilte heute vormittag das Urteil im Prozess gegen die Mörder des Grafen Stefan Tisza. Stefan Dobo und Tibor Szankovszky wurden zum Tode durch den Strang, Alexander Huetiner zu 15 Jahren schweren Kerkers, Eugen Vago-Wilhelm zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Es ist also dem Stefan Friedrich, der dringend der Anstiftung zum Morde Tiszas verdächtig war, nochmals gelungen, den Kopf aus der Schlinge zu ziehen. Das kann man heute in Ungarn, wenn man den allmächtigen Verein der „Erwachenden Ungarn“ und das Gros der terroristischen Offiziersgruppen hinter sich hat. Der einflussreiche Revolutionär, der sich mit fabelhafter Schnelligkeit und Gründlichkeit zum christlichen Terroristen ausgewachsen hat, geht aus diesem Prozess als Sieger über Horvath, den ungarischen Kronpräsidenten, hervor. Von dessen Seite wurden alle Hebel in Bewegung gesetzt, um Friedrich der Mittäterschaft zu überführen. So erleben wir in Ungarn, das man wohl bald das Land der unbegrenzten politischen Möglichkeiten nennen kann, das Schauspiel, daß zwei Terroristenhäupter, die beide den politischen Mord als vornehmstes Kampfmittel gebrauchen, sich gegenseitig bis aufs Messer bekämpfen, nachdem sie die revolutionäre Bewegung in einem Meer von Blut erstickt haben.

Proletariat wegen der Verhaftung des Abgeordneten Eisenberger. Einer Telegramm-Meldung zufolge, hat die kommunistische Parteileitung für Südbayern an alle Vertrauensleute eine Aufforderung zur Organisation eines zweitägigen Proteststreikes wegen der Verhaftung des Abgeordneten Eisenberger gerichtet.







Die Absetzung des Arbeitslosenrates

Wir haben in unserer gestrigen Morgennummer Mitteilung davon gemacht, daß am Dienstag ein Zug Arbeitsloser nach dem Bureau der Arbeitslosenräte in der Klosterstraße gezogen war...

Zu dem Artikel in der „Freiheit“ vom 15. 9. 20, unter Stichwort: „Die Arbeitslosen und ihre Vertreter“, ist folgendes zu bemerken: „Zu dem am 14. d. Mts. stattgefundenen Arbeitslosen-Berlinamung im Friedrichshain, die von circa 14 000 bis 16 000 Personen besucht war, wurde einstimmig der Antrag angenommen, daß der Arbeitslosenrat sofort sein Mandat den Arbeitslosen zur Verfügung zu stellen hätte.“

Nach dieser Darstellung, wie auch nach anderen uns inzwischen zugegangenen Berichten, kann also keine Rede davon sein, daß die Demonstration in den Räumen des Arbeitslosenrats „wie die von Bandalen gehaust“ haben, wie es behauptet worden ist...

Auf allen Arbeitsnachweisen, Fürsorgestellen und Stempelstellen machten sich Stimmen laut über Elend und Not, ihre Verleumdung und die Ungerechtigkeit, mit der die Arbeitslosen seitens der Reichsregierung behandelt werden und über das schäblichste Solidaritätsgefühl der in Arbeit stehenden Kollegen und Gesellen.

Die Zukunft verweist dann auf die Leitfäden der Prüfer, auf die wir noch zurückkommen werden, und fährt dann fort:

Die Schuld an diesen Verhältnissen tragen die Arbeitslosenräte, die nicht etwa, wie angeführt, erst kürzlich gewählt sind, sondern ihre Posten schon Jahr und Tag bekleiden, von denen aber keine zu jung und politisch unreif sind und erst etwa 3 bis 4 Wochen vor ihrer Wahl politisch tätig waren.

Der Aktionsausschuss will keine Fäulnis, keine Dege, keine Parteispaltung, er will das gesamte revolutionäre Proletariat erfassen, es festigen und einigen, um zu erreichen, daß die geschlossenen Betriebe geöffnet werden.

Wir vermögen nicht zu beurteilen, ob alles, was in der Zukunft gesagt wird, Wort für Wort zutrifft. Wir geben sie nur wieder, weil sie ein getreues Spiegelbild all der Schmerzen zu sein scheint, die die Arbeitslosen empfinden.

madungskommissar verlangt wird, zurücktreten und Platz machen für diejenigen, die ohne Arbeit und Verdienst verhungern müßten. Leider bestehen noch viele solcher Mißverhältnisse. Es ist geradezu Pflicht jedes einzelnen, daß sämtliche Uebertretungsfälle zur Anzeige gebracht werden.

Betriebsräte

Arbeiter, Arbeiterinnen, Angestellte, Betriebsräte!

Die Arbeiterklasse hat seit Monaten die Einberufung eines Reichstages der Betriebsräte gefordert. Die Entwicklung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse, der Zusammenbruch der kapitalistischen Produktion, das Erstarken der Reaktion und Konterrevolution ließ diese Forderung als b. rechtlich und dringend erscheinen.

Die revolutionäre Arbeiterklasse und deren Betriebsräte müssen mit aller Schärfe ansprechen, daß sie das Treiben der Gewerkschaftsbureaus nicht mitmachen und den Widerstand dagegen organisieren wollen. Überall da, wo die Wahlen der Delegierten zum Kongress noch nicht vorgenommen worden sind, müssen revolutionäre Betriebsräte als Delegierte gewählt werden.

Alle jene Delegierte, die die Betriebsräte zu revolutionären Organen des Kampfes um die Kontrolle der Produktion und zu Kampforganen der Arbeiterklasse zur Niederwerfung der Widerstände des Unternehmertums und des kapitalistischen Staates machen wollen...

Deutscher Bauarbeiter-Verband, Betriebsräte und Funktionäre!

Der Kurzus über Wesen und Wirkung der kapitalistischen Gesellschaft beginnt am Donnerstag, den 16. September, abends 7 Uhr, im Schulgebäude hinter der Garnisonkirche 2 (Neue Klosterstraße), Zimmer 34. Einige Kollegen können noch am Kursus teilnehmen.

Gewerkchaftliches

Generalversammlung des Zentralverbandes der Angestellten

Ortsgruppe Groß-Berlin am 14. September 1920.

Der Vorsitzende Hugo Cohn nahm das Wort zum Geschäftsbericht. Er teilte u. a. mit, daß im 2. Quartal 500 Veranstaltungen der Ortsgruppe stattgefunden haben. Im April hat die Ortsverwaltung einstimmig den Beschluß gefaßt, sich an den privaten Arbeitgebergemeinschaften nicht zu beteiligen und keine Vertreter in dieselben zu entsenden.

Infolge des Abschlusses der Verschmelzungsarbeiten ist die Zahl der Verbandsangestellten von 200 zu Beginn dieses Jahres auf etwa 125 am Ende dieses Monats zurückgegangen. Der Mitgliederbeitrag betrug am 30. Juni 1920 90 444.

Durch die Taktik der Opposition seit dem Ausschluß dieser sechs Kollegen sei es unmöglich gewesen, in den Delegiertenversammlungen praktische Arbeit zu leisten, so daß die Ordoverwaltung die Meinung der Delegierten über wichtige Fragen nicht einholen konnte.

Sobald gibt Kollege Wegland eine Erläuterung des vorliegenden Kasendberichts. Namens der Revisoren ersucht der Kollege Schüler, dem Vorstand Entlastung zu erteilen.

Vor Eintritt in die Diskussion schlägt Cohn vor, dieselbe in zwei Teile zu zerlegen und erst über die Ausschlußangelegenheit, dann über den eigentlichen Geschäftsbericht zu diskutieren. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

Kollege Sprung verurteilt die Taktik der Opposition. Jakobowitz erklärt im Namen der Fachgruppen 7, 8, 9, daß diese einem Mißtrauensvotum gegen die Ortsverwaltung nicht zustimmen. Derselbe Erklärung gibt Boh für die Fachgruppe 10, Damask für Liste 5. Kollege Jacobowitz bringt ebenfalls einen Antrag ein.

Groß-Berlin des Zentralverbandes der Angestellten vom 14. 9. 20 verurteilt die Einleitung des Ausschlußverfahrens gegen die Kollegen Hirsch, Beck, Henschel, Henschel, Bender und Philipp und spricht daher den Mitgliedern der Geschäftsleitung und der Ordoverwaltung, die für diesen Beschluß gestimmt haben, ferner dem Hauptvorstand und Ausschuss, die durch ihre Zustimmung zu dem Ausschlußantrag sich zum Richter in eigener Sache gemacht haben, ihr schärfstes Mißtrauen aus.

Der Antrag wird mit 98 gegen 108 Stimmen abgelehnt. Es folgt die Abstimmung über den Antrag Jungblut, der ebenfalls mit 144 gegen 149 Stimmen abgelehnt wird.

Antrag Jacobowitz lautet: „Die Delegiertenversammlung des Bezirks Groß-Berlin vom 14. September beschließt: Der Ausschluß der sechs Kollegen ist katastrophal erfolgt. Die Ausschlußverfahren haben dem Status entsprechend Verurteilung an den nächsten Verbandstag einverleibt, der allein die Ausschlußverfahren in die Mitgliederrechte wieder einsehen kann.“

Der Antrag wird mit 161 gegen 133 Stimmen angenommen. Kollege Klinger bringt sodann eine Resolution ein, die zum Ausdruck bringt, daß die Delegiertenversammlung die Vertreter der russischen Gewerkschaften, die nach Deutschland kommen, um die Arbeiter und Angestellten über die russischen Gewerkschaften zu unterrichten, herzlich begrüßt.

Der Streik der Rohrleger und Helfer Groß-Berlins beendet

Vor dem Reichsarbeitsministerium hat gestern eine Verhandlung über die Beilegung des Streiks stattgefunden. Dort ist der Vergleich, der vor dem Demobilisierungskommissar bis zum 31. August geschlossen worden ist, rechtswirksam geworden.

Für die Zeit vom Tage der Wiederaufnahme der Arbeit ist vom Reichsarbeitsministerium folgender Schiedsspruch gefällt worden:

Für Rohrleger ist ein Stundenlohn von 6,25 RM und für die übrigen Kategorien entsprechend den bisherigen Sätzen etwas weniger festgesetzt, bei auswärtsigen Arbeiten beträgt die Landzulage für Rohrleger und Helfer je 18 RM, bei einem Aufenthalt bis zu 6 Tagen 20 RM und die keine Landzulage 6 RM.

In der gestrigen Streikversammlung machte sich gegen diesen Schiedsspruch eine starke Opposition geltend. Es wurde jedoch nach eingehenden Darlegungen der Vertreter der Organisation beschlossen, heute morgen die Arbeit wieder aufzunehmen.

Wäutung, Buchbinder!

So bezieht sich ein Aufruf des Aktionsausschusses der S. P. D., L. W. Brandt, welcher im „Vormärts“ vom 14. 9. 20 enthalten ist. Was von Brandt, der dort einen Vortrag über „Möbelen oder Ankerdam“ halten soll, über dieses Thema zu erwarten ist, läßt sich leicht erraten, wenn man weiß, daß Brandt zu den größten Durchhaltener gehört.

Der Streik in der Berliner Stickerbranche ist beendet. Die Arbeitgeber machten noch weitere Zugeständnisse, um einer Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuss aus dem Wege zu gehen.

Geschofabrik Spandau. Die Auszahlung der Übergangsgebühren an die Arbeiter und Arbeiterinnen der ehemaligen Geschloßfabrik kann erst in etwa 14 Tagen stattfinden, da eine große Anzahl von Empfangsberechtigten es vermag hat, sich in die von den Vertrauensleuten aufgestellten Listen eintragen zu lassen.

Ein Aufsehen erregendes Wert. Die Welt zur Lösung des Weltproblems zeigt das Buch: Entvölkerung oder Barbareien. Von W. H. Doms. Gebunden Mark 14.40.



